

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbesitzer hat in allen Fällen Anspruch

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatlich 1,20 M. (Halbmonatlich 1,25 M.). Durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Aufstellungsgeld). Verlag: Dresden, Verlags-Gesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Reichstraße 2 / Expedition: Dresden-2, Postfach 17230 / Postfach 17230. Dresden-2, Reichstraße 2 / Expedition: Dresden-2, Postfach 17230. Dresden-2, Reichstraße 2 / Expedition: Dresden-2, Postfach 17230. Dresden-2, Reichstraße 2 / Expedition: Dresden-2, Postfach 17230.

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gezeichnete Monatszeitschrift oder deren Raum 1,20 M. für Familienmitglieder 1,20 M. für die Restzeit anstehend an dem dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 M. Einzel-Anzeigen wochentags bis 4 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Oberbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang Dresden, Mittwoch den 6. Februar 1929 Nummer 31

140000 Textilarbeiter ausgesperrt!

Vor großen Kämpfen im Metall-, Textil- und Verkehrsgewerbe

Wählt überall einheitliche Kampfleitungen!

Der für 30.000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Niedersächsischen Textilindustrie im letzten Jahre gefällte Schiedspruch, der nur für Jugendliche unter 18 Jahren eine Lohn-erhöhung vorsah und bis 30. September dieses Jahres Gültigkeit hat wurde leinerseitig von beiden Seiten ab-gelehnt. Am Freitag fanden nun auf Veranlassung der Unternehmer neue Verhandlungen statt, bei denen die Unternehmer vorschlugen, den Schiedspruch dahingehend abzuändern, daß seine Laufdauer bis 30. November ver-längert wird. Die Vertreter des Deutschen Textilarbeiter-verbandes lehnten diesen Vorschlag ab, worauf der Arbeit-geberverband mitteilte, daß die Kündigung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen am 5. Februar erfolge. Da in der Niedersächsischen Textilindustrie eine achtstägige Ab-klüftungsfrist besteht, so werden ab nächster Woche die ge- samten Betriebe stillgelegt.

140.000 Textilarbeiter sollen durch ein brutales Unter- nehmen auf die Straße geworfen werden, weil sie sich eine Reduzierung ihres Lohnes nicht gefallen lassen. Dabei steht fest, daß die Herren Textilarbeiter in den letzten Jahren Meilenprofite eingeharnt haben, und es ihnen ein leichtes ist, lächerliche Forderungen der Textilarbeiter zu erfüllen. Der Vorstoß der Textilarbeiter, diktiert von

der Trustbourgeois Rheinland-Westfalens, geht Hand in Hand mit dem Vorstoß der deutschen Metallindustriellen.

Die deutsche Arbeiterkassette sieht sich vor entscheidenden Wirtschaftskämpfen. Rund 400.000 Metallarbeiter und über 300.000 Eisenbahnarbeiter werden sich im nächsten Monat in einem Lohnkampf befinden. Die reformistische Gewerkschaftsbureaucratie überläßt in all diesen Lohn- kämpfen den Unternehmern die Führung, ja, sie weigert sich, die Frage der Lohnkämpfe überhaupt vor der Ar- beiterkassette aufzurollen. Gegen das profitorientierte Ver- halten des Unternehmertums weiß sie nichts anderes zu tun als die staatlichen Schlichtungsinstanzen anrufen, statt eine Kampffront der Arbeiter aufzurichten und zum Offensivkampf überzugehen. Die Arbeiterkassette der Textil- industrie, Metallindustrie und des Verkehrsgewerbes muß gegen diese Einstellung ankämpfen und dem verbrecherischen Treiben der Bureaucratie entgegenstreiten. Die reformisti- schen Landstroläher werden jeden Lohnkampf der Arbeiter- klasse zu erschöpfen versuchen. Darum ist notwendig, daß sofort in allen Betrieben Streikleitungen gebildet werden. Text heißt es: nicht lange verhandeln, sondern Aufnahme des Kampfes gegen die Trustbourgeois und gegen sozial- imperialistische Bureaucratie!

Ein Kappist Verfasser des SPD-Wehr- programm

Hiltnerer Max z. Vertrauensmann Dittmanns

Während der die ganze sozialdemokratische Arbeiter- mitgliedschaft in Erregung hallenden Diskussion über das imperialistische Wehrprogramm der SPD taucht die Frage auf, wer denn eigentlich jener Max sei, der als pro- minentes Mitglied der vom Parteivor- stand eingesetzten Wehrkommission den Hauptanteil an dem vorliegenden offiziel- len Entwurf hat. Nunmehr ist das Organ der Sozialisten „Die Menschheit“ in der Lage, folgende Ge- klärungen über den betroffenen Arbeiterretireer machen zu können:

„Im Kriege war Max bayrischer Generalstabs- offizier, nach dem Kriege Leiter des Nachrichtenbundes beim Wehrfreiwilligenkommando München. Als solcher — oder etwa in seiner Eigenschaft als „Reinaperson“ — war er finanziell und publizistisch am Völkischen Beobachter, dem Zentralorgan der Hiltnerbewegung, hervorragend beteiligt. Von verschiedenen Seiten wurde ihm eine Beteiligung am Kapp-Putsch vorgeworfen. Im Völkischen Beobachter wurde er als „Kapp-Machans“ . . . entpuppt als Mitarbeiter des Kapitänleutnants Kauter und des Leutnants Friedmann, die in der berüchtigten Fremdenlegation in Con- stanz (Ehrhardt) führend tätig waren. Friedmann wurde erst kürzlich wieder im Zusammenhang mit der Reichswehr- „Vollkammer“ genannt. Durch die Hände der Max, Kauter, Friedmann und Konsorten floßen Millionen französischer Geldes, das sie von dem französischen Obersten Mörcher erhalten hatten. In dem Münchner Volksgerichtsurteil wird es den Max und Genossen zum schwersten Verbrechen gemacht, daß sie die französischen Gelder nicht deponiert oder ver- nichtet, sondern zur Finanzierung der nationalsozialistischen Vorverbände verwendet haben. . . . Verschiedentlich wird in der SPD der Vermutung Ausdruck gegeben, daß Max Agent gewisser Reichswehrkreise sei. Sollte er in dieser Eigenschaft Mitglied der Kommission geworden sein? Max ist auch seit einiger Zeit leitender Redakteur der Reichsbannerzeitung.

Und nicht nur das. Er gilt auch als einer der einfluss- reichsten Persönlichkeiten in der Lindenstraße. Wollen die sozialdemokratischen Arbeiter auch weiterhin noch das Par- teiorgan für die Max, Seebing, Härding, Haubach und Konsorten bleiben? Ihre proletarische Klassenpflicht ge- bietet ihnen, das Tuch zwischen sich und dieser Sorte „wech- selhafter“ Reaktionsäre zu zerschneiden.

Das Fahrpersonal der Leipziger Straßenbahn beschließt Streik

Leipzig, 6. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Das ausgesperrte Fahrpersonal der Leipziger Straßenbahn nahm in einer großen Versammlung zur Aussperrung Stellung. Zustimmung wurde eine Entschädigung angenommen, in der es unter anderem heißt: nach der Aussperrung die Arbeit solange ruhen zu lassen, bis über die Forderungen des Fahrpersonals, die bereits am 15. vorigen Monats zur Neuregelung der Löhne eingereicht worden sind, verhandelt und die Lohnerhöhung fest- gesetzt ist.

In derselben Versammlung wurde eine Kampfleitung ge- wählt unter Einbeziehung der Unorganisierten, worauf die Ver- bandsbureaucratie angeht die Geschlossenheit der Stimmung nicht magte, gegen diese Maßnahme irgendwelchen Widerstand zu leisten.

Weitern nachmittags tagte auch eine Versammlung der frei- lebenden Werkstättenarbeiter, die zu dem Schiedspruch Stellung nahmen. Sämtliche Redner, darunter auch ein sozialdemokratischer Kollege, forderten sofortige Urabstimmung und unbedingte Ab- lehnung des Schiedspruches. Eintrimmig gelangte eine dies- bezügliche Resolution zur Annahme. Heute findet die Urabstim- mung des technischen Personals über den Schiedspruch statt. Mit einer Ablehnung ist mit Sicherheit zu rechnen. Damit wird der Kampf gegen die eventuelle Verbindlichkeitsklärung akut. Die Kampfleitung ist ausgezeichnet.

Das Fahrpersonal der Leipziger Straßenbahn hat in rich- tiger Erkenntnis und Einschätzung des Kampfes ihrer Kollegen der Werkstätten beschloßen, von der Aussperrung zum Streik überzugehen und solange die Arbeit ruhen zu lassen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Der Streik der Leipziger Straßen- bahner muß auch für die Dresdner Straßenbahn ein Signal sein. Ihre Entlohnung ist nicht besser als die ihrer Leipziger Kol- legen, sie haben die gleichen Forderungen aufgestellt. Sie haben jetzt die Aufgabe, eine Entscheidung über ihren Kampf zu treffen. Für die Dresdner Straßenbahner heißt es: Sofortige Mobilisierung der gesamten Belegschaften zur Durchführung der For- derung 15 Pfennig Lohnerhöhung. Bereitet den Kampf vor! Wählt in allen Betrieben Kampfleitungen!

Die Kamener Textilarbeiter kämpfen weiter

Die Textilarbeiterversammlung vom 5. Februar, die bisher hart beharrt war, sollte die Abwägung des Kampfes bringen. In diesem Zweck war Mithras, der Stellvertreter von Busch, erschienen, der sich auch gleich Unterstützung in dem Kreishaupt- mannschaftsvertreter von Wachen mitgebracht hatte.

Die Reformisten hatten sich aber diesmal gründlich verrech- net, denn die Stimmung der Kämpfenden war entschieden für den weiteren Kampf bis zum Erfolg. Die Redner der Oppo- sition wurden unterläßt von parteilosen und sozialdemokratischen Kollegen, und fanden die Zustimmung der Mehrheit der Ver- sammlung.

Die Verhandlungslösung sah infolge dieser Stimmung von einer Zustimmung ab und verschob die Entscheidung auf Mittwoch, 6. Februar, wo wiederum Versammlungen stattfinden sollen.

Zentrumsultimatum an die Koalition

Die SPD zur Umbildung der Preußenregierung bereit

Berlin, 6. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der „Vorwärts“ berichtet über die gestern Mittag erhaltene Botschaft Hermann Müllers mit den Vertretern der Volkspartei und des Zentrums, daß der Volkspartei folgendes Vor- schlag gemacht wurde:

1. Die Zentrumsminister im Reich werden sofort ernannt.
2. Der interfraktionelle Ausschuss wird im Reich erst in Kraft gesetzt, wenn die preußische Koalition zustande gekommen ist.
3. Die Reichstagsfraktion und die Parteileitung des Zentrums werden tun, was in ihren Kräften steht, um ihre Freunde in Preußen zu einer Beschleunigung der preußischen Ver- handlungen zu beschleunigen.

Die Fraktion der Volkspartei lehnt diese Vorschläge ab, weil sie insbesondere den Wünschen des Zentrums nach drei Ministern in Preußen wie im Reich ablehnend gegenübersteht. Darauf erwiderte der Reichsvertehrminister Guérard dem Reichs- tanzler und erklärte ihm, daß die Ablehnung dieses Vorschlages durch die Volkspartei der Ablehnung der Zentrumsforderungen gleichkomme, und er deshalb aus dem Kabinett austreten müsse. Er hat jedoch keine Demission bis heute mittag 12 Uhr ver- schoben, um Hermann Müller noch einmal Gelegenheit zu Ver- handlungsvorschlägen zu geben, auf welcher Grundlage sich die Regierungsparteien einigen werden, ist noch ungewiß; daß die Einigung aber geschieht, ist bestimmt.

Das Zentrum verteidigt mit großer Hartnäckigkeit seine Positionen. Dem Zentrum geht es nicht nur um Personen- fragen, sondern vor allen Dingen um das Sitzungsrecht, wo das Zentrum befürchtet, daß in der Umwandlungsreform libe- rale Gebanten durch die Mitwirkung der Deutschen Volkspartei Eingang finden könnten. Nach einem Bericht der Kölnischen Zeitung verlangt das preußische Zentrum und der Kuntus eine schnelle Forderung der Konfessionsfrage. Höpfer-Wilhoff soll der

Exponent des Widerstandes im Kabinett gegen ein Konfessions- im Sinne der römischen Kurie sein, weshalb es das Zentrum gern leben würde, wenn an Stelle von Höpfer-Wilhoff ein anderer Minister gesetzt würde. Der frühere Kultusminister Dr. Weichelt hat anlässlich der Zentrumsfraktion in der Konfessionsfrage weitergehende Zugeständnisse gemacht als der jetzige Minister Dr. Feder, weshalb das Zentrum augenblicklich bereit ist, auch über eine Veränderung zu befürworten. Diese Mittelungen ver- anlassen die Kölnische Zeitung, die Deutsche Volkspartei im Reich und in Preußen eindringlich darauf zu warnen, sich vom Zentrum auf ein Glatteis locken zu lassen, auf dem ein schäde- liches Ausruhen durchaus im Bereich der Möglichkeiten liegt.

Auch die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung heute vormittag erneut beschloßen, an der For- derung von zwei Ministerfraktionen bei der Umbildung des Preußen- kabinetts festzuhalten.

Nach einem Bericht des hannoverschen Kuriers unterstützen die sozialdemokratischen Führer und auch der Sozialdemokratische Presseklub in einer Resolution die Forderungen der Deutschen Volkspartei gegenüber dem Zentrum.

Wie dieser widerliche Schacher um die Ministerposten be- endet werden soll, wissen einstweilen die Strategen der Koali- tionsparteien wohl selbst nicht. Deshalb ist, wie die Kölnische Zeitung berichtet, ein neuer Vorschlag des Reichstanzlers Hermann Müller aufgetaucht, der die eigentliche Entscheidung um einige Wochen vertagen soll.

Rücktritt von Guérard!

Vor Redaktionsschluss wird uns mitgeteilt: Die Sitzung des Fraktionsvorstandes des Zentrums dauerte nur kurze Zeit. Nach der Vorstandssitzung begab sich Reichstanzler- minister von Guérard zum Reichstanzler, um ihm, wie die Telegraphen-Union hört, seinen Rücktritt mitzutun.

Heute, Mittwoch, den 6. Februar, 19,30 Uhr, im Regierheim, Friedrich-straße (großer Saal), große Versammlung aller bei der Dresdner Straßen- bahn Beschäftigten.

Tagesordnung: Der Streik der Leipziger Werkstätten- arbeiter und Leipziger Straßenbahner. Was sagen die Dresdner Straßenbahner dazu?